

Ausgabe: März 2026

Demokratie-Newsletter

Der monatliche Demokratie-Newsletter bietet einen Überblick über die wichtigsten Entwicklungen im Bereich der Demokratie und der politischen Rechte. Er beinhaltet eine Auswahl relevanter Medienberichte, Urteile, Details zu nationalen Volksinitiativen und Hinweise auf neue juristische Publikationen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Schweiz. Wir achten hierbei darauf, dass auch wichtige und aktuelle Themen aus den Bereichen Föderalismus, Politik, Staats- und Rechtsphilosophie sowie Fragen aus dem öffentlich-rechtlichen Verfahrensrecht aufgeführt werden.

Herausgeber des Newsletters sind seit Januar 2025 das Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) und der Lehrstuhl für Staats-, Verwaltungs- und Europarecht unter besonderer Berücksichtigung von Demokratiefragen an der Universität Zürich von Prof. Dr. Andreas Glaser. Begründet wurde der Demokratie-Newsletter im August 2017 durch Prof. Dr. Dr. Andreas Kley und seine damaligen Mitarbeitenden am Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich.

1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»	2
2. Gerichtsurteile	5
2.1 Bundesgericht	5
2.2 Kantonale Entscheide	6
2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)	6
3. Neue Volksinitiativen	6
4. Publikationen	7
5. Dokumentation und Kontakt	8

1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»

NZZ 02.03.2026, S. 12

Der Kantonsrat debattiert über Jodeldiplome. Dank eigenwilligen Einzelinitiativen werden auch Lotterien, Tieranwälte und Drogeriehefte Thema in der Politik. ([Link](#))

TA

05.03.2026, S. 17

Bundesgericht erteilt der Stadt Zürich eine erste Abfuhr im Tempo-30-Streit. Beschwerde – die Stadt versuchte, die Umsetzung der Mobilitätsinitiative auszubremsen – vergeblich. Das Bundesgericht sieht keinen Grund für einen Aufschub. ([Link](#))

NZZ 06.03.2026, S. 9

Vorgeplänkel um das Ständemehr – Streit um die Reihenfolge der Europa-Abstimmungen: Der Ständerat will die Kompass-Initiative nicht vorziehen. ([Link](#))

TA

07.03.2026, S. 21

SVP, FDP und Mitte verzögern Offenlegung von Spenden. Wahlkampagnen – die FDP gibt ihr Budget nicht preis und fordert einheitliche Regeln. Nun zeigen Recherchen: Ausgerechnet der Freisinn half mit, das hängige Transparenzgesetz zu blockieren. ([Link](#))

NZZaS 08.03.2026, S. 17

Neuer Rückschlag beim E-Voting. Basel-Stadt kann seine elektronischen Stimmen nicht entschlüsseln. Politiker sehen das Vertrauen in die Demokratie gefährdet. ([Link](#))

NZZaS 08.03.2026, S. 23

Mitreden ist (schon) alles. Die neuen bilateralen Verträge ermöglichen der Schweiz die Mitsprache beim EU-Recht. Aber wird ihr auch jemand zuhören? Ein Einblick ins umstrittene «decision shaping». ([Link](#))

TA

11.03.2026, S. 3

Ist es «geschickt»? Oder einfach nur «dreist»? Das System Rösti in der Kritik. Nach der Halbierungsinitiative – Linke halten es für völlig daneben, wie Medienminister Albert Rösti das Nein zur SRG-Initiative interpretiert. Bürgerliche verstehen die Aufregung nicht. ([Link](#))

NZZ 13.03.2026, S. 13

Die Kantonsregierung soll in Krisenzeiten mehr Macht erhalten. Kritiker befürchten wegen der erweiterten Notstandbefugnisse eine Umgehung der Demokratie. ([Link](#))

NZZ 18.03.2026, S. 9

Streit um Mindestlöhne in der Schweiz: Auch der Ständerat will kantonale Volksentscheide übersteuern. Gesamtarbeitsverträge sollen vor kantonalen Gesetzen Vorrang haben, dies findet die bürgerliche Mehrheit im Parlament. Der Bundesrat sieht dadurch die Verfassung verletzt. Und die Linke droht mit dem Referendum. ([Link](#))

TA

21.03.2026, S. 4

Nationalräte sollen sich vertreten lassen können. Keine leeren Sessel mehr – Wegen Unfall, Krankheit und Elternzeit fehlen Politikerinnen und Politiker manchmal im Parlament. Drei gleichlautende Postulate verlangen nun, ein Vertretungssystem zu prüfen. ([Link](#))

NZZ 23.03.2026, S. 7

Bundesrat lässt Zuwanderungsfrage offen. EU-Verträge: Der Bundesrat erwartet, dass das Bundesgericht seine Praxis ändert. Kann die Schweiz die Zuwanderung aus der EU selbständig bremsen, auch wenn sie damit die Freizügigkeit verletzt? Der Bundesrat findet: Ja. Die grosse Frage ist, ob das Bundesgericht das auch so sieht. Denn seine jetzige Praxis geht vom Gegenteil aus. ([Link](#))

TA

27.03.2026, S. 3

Unterschriftensammler sollen sich zu fairen Methoden verpflichten – aber nur freiwillig. Kodex gegen Bschiß – Die Bundeskanzlei will mit neuen Verhaltensregeln den Missbrauch bei Initiativen verhindern. Komitees dürfen aber weiterhin kommerziell auf Unterschriftenjagd gehen. ([Link](#))

NZZ 28.03.2026, S. 9

Die Anhörung endet 3:2 für das Ständemehr. Für die neuen Abkommen mit der EU braucht es das Ständemehr, finden drei von fünf Experten – allerdings mit einigen Nuancen. ([Link](#))

NZZ 30.03.2026, S. 8

Das Volk soll noch einmal über die «Heiratsstrafe» abstimmen. Die Mitte will ihre Initiative trotz Annahme der Individualbesteuerung nicht zurückziehen. ([Link](#))

2. Gerichtsurteile

2.1 Bundesgericht



Urteil des Bundesgerichts vom 25. Februar 2026 ([1C 208/2025](#))

Ablehnung des Antrags eines Berufsschülers an seine Schule, im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen eine kontradiktorische Debatte mit Kandidaten verschiedener Parteien durchzuführen – Das Bundesgericht heisst die Beschwerde gut. Der Schüler rügte insbesondere eine Verletzung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Das Bundesgericht befindet das in einer Verwaltungsverordnung vorgesehene Verbot von politischen Streitgesprächen im Zeitraum von weniger als zehn Wochen vor einem Wahltermin für unverhältnismässig. Namentlich sei ein solches Verbot von ausgewogenen, kontradiktorischen Debatten ungeeignet, um die politische Neutralität der Schule zu gewährleisten. Das Bundesgericht stellt fest, dass der negative Entscheid der Berufsschule die Meinungs- sowie Versammlungsfreiheit verletzte.



Urteil des Bundesgerichts vom 4. März 2026 ([1C 122/2025](#))

Verweigerung der Bewilligung einer Demonstration auf der Autobahn N01 – Das Bundesgericht heisst die Beschwerde gut. Die Beschwerdeführerin rügte insbesondere eine Verletzung der Demonstrationsfreiheit. Das Bundesgericht kommt zum Schluss, dass die zuständige Behörde zumindest hätte prüfen müssen, ob die Kundgebung mittels bestimmter Bedingungen und Auflagen hätte durchgeführt werden können. Eine kategorische Verweigerung laufe auf eine bedingungslose Bevorzugung des Autoverkehrs hinaus, was die Meinungs- sowie Versammlungsfreiheit verletze.



Urteil des Bundesgerichts vom 6. März 2026 ([1C 587/2025](#))

Eidgenössische Volksabstimmung vom 28. September 2025 über das E-ID-Gesetz – Das Bundesgericht tritt im vereinfachten Verfahren nicht auf die Beschwerde ein.

2.2 Kantonale Entscheide

Keine

2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)

Keine

3. Neue Volksinitiativen



Überblick hängige Volksinitiativen¹

- Initiativen im Sammelstadium ([11](#)) (+1)
- In Auszählung ([1](#)) (0)
- Beim Bundesrat hängig ([7](#)) (-1)
- Beim Parlament hängig ([10](#)) (-2)
- Abstimmungsreife Volksinitiativen ([3](#)) (-1)



Verfügung der Bundeskanzlei vom 17. Februar 2026

Die Eidgenössische Volksinitiative «Zum Schutz der Grundrechte und der Demokratie im digitalen Raum (Internet-Initiative)» hat die Vorprüfung bestanden. Die Sammelfrist läuft bis am 3. September 2027. ([BBI 2026 444](#))



Botschaft des Bundesrats vom 25. Februar 2026

In seiner Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative «Für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Inklusions-Initiative)» und zum indirekten Gegenvorschlag empfiehlt der Bundesrat die Ablehnung der Initiative und die Zustimmung zum Gegenvorschlag. ([BBI 2026 715](#))

¹ Stand 31. März 2026.

**Bundesbeschluss vom 20. März 2026**

Die Eidgenössische Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)» wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Die Bundesversammlung empfiehlt die Ablehnung der Initiative. ([BBI 2026 799](#))

**Bundesbeschluss vom 20. März 2026**

Die Eidgenössische Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)» wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Die Bundesversammlung empfiehlt die Ablehnung der Initiative. ([BBI 2026 800](#))

4. Publikationen

DUMERMUTH MARTIN, Ständemehr ohne Verfassungsgrundlage? Das Staatsvertragsreferendum sui generis und die Bilateralen III, Zürich 2026 ([Verlag](#))



ERRASS CHRISTOPH, Bundesrätlicher Bericht «Anwendung von Notrecht» – Rechtfertigung für einen exekutiven Absolutismus, ZBI 127/2026, S. 121 f. ([LEXCampus](#))



MARQUIS LIONEL/SPARER JESSY, Das System verteidigen und für die Behörden stimmen?, DeFacto vom 25. März 2026 ([Link](#))



POMPE NATALIE, Constitutional Rights in the Digital Context, Exploring a Translation of the Constitutional Political Rights into the Digital Sphere, Zürich 2025 ([Verlag](#))

5. Dokumentation und Kontakt



Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Zentrum für Demokratie Aarau](#)

Newsletter: An- und Abmeldung an demokratie-newsletter@zdaarau.ch

Wir freuen uns über Ihre Hinweise und Anregungen.



Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)



Urteils- bzw. Entscheidsammlung des Bundesgerichts:

[Schweizerisches Bundesgericht](#)

Kontakt:

Zentrum für Demokratie Aarau
Villa Blumenhalde
Küttigerstrasse 21
5000 Aarau

Universität Zürich
Lehrstuhl für Staats-, Verwaltungs- und Europarecht
unter besonderer Berücksichtigung von Demokratiefragen
Rämistrasse 74/14
8001 Zürich

demokratie-newsletter@zdaarau.ch

Redaktion:

Lynn Gassmann, MLaw
Joel Probst, BLaw